

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 12 (1971)  
**Heft:** 13  
  
**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



Auch Luigi Longo gehörte im Bürgerkrieg zu den internationalistischen Spanienkämpfern. Er hatte allerdings später das Glück, in einem Lande zu leben, das kapitalistisch blieb. Denn in Osteuropa wurden viele der ehemaligen Teilnehmer am Krieg gegen Franco nach der kommunistischen Machtübernahme hingerichtet, in der Tschechoslowakei namentlich im Zusammenhang mit dem Slansky-Prozess.

Sprichwort: «Ein treuer Bär ist der grösste Feind des Menschen.» Die Spanische KP kann sich einen Sieg in diesem Land nur Hand in Hand mit den Katholiken vorstellen. Sie will von nun an «mit Hammer und Sichel in der einen Hand und mit dem Kreuz in der andern marschieren». Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Spanien und der Sowjetunion wäre nach Carillo vor zehn oder fünfzehn Jahren vielleicht verständlich gewesen. Heute würde sie bei den spanischen Oppositionellen nur auf Unverständnis stossen, denn sie könnte lediglich den Untergang des Regimes hinauszögern, ja sogar zu seiner Konsolidierung beitragen. Dadurch würde die Politik der sozialistischen Staaten in den Augen der regimfeindlichen Gruppen schwer kompromittiert.

Die Kritik der spanischen Kommunisten an der neuen Wende in der sowjetischen Aussenpolitik hat in Moskau Befremden ausgelöst. Die Gegenmassnahmen des Kremls liessen nicht lange auf sich warten.

### Krach im Weltfriedensrat

In Moskau wurde eine Anti-Carillo-Kampagne eingeleitet, die den spanischen Parteichef als «revisionistisch» und «nationalistisch» bezeichnet. Mit offener Zustimmung der KPdSU wurden unter den spanischen Kommunisten im Moskauer Exil «Dokumente» verteilt, die eine Abweichung von Carillo nachweisen wollen. Die sowjetische Polizei erlaubte prosowjetischen Elementen, am 20. Juni 1970 eine Versammlung der spanischen Kommunisten zu stören, an der Dolores Ibarruri sprach. Mit dem Hinweis auf die eventuelle Störung der öffentlichen Ordnung wurde dann das offizielle Büro der Spanischen KP in Moskau, die «Casa de Espana», durch die sowjetischen Behörden geschlossen.

Das war aber erst ein Vorgeschmack auf spätere Auseinandersetzungen. Anlässlich der Generalversammlung des Weltfriedensrates in Budapest

(13.—16. Mai 1971) trafen hier zwei spanische Friedenskämpfer-Delegationen ein: die eine stand unter der Leitung von Rafael Alberto seitens der KP Spaniens, und die andere nannte sich «Spanisches Friedenskomitee» und repräsentierte in Wirklichkeit die moskauhörige Splittergruppe von Enrique Lister. Das Sekretariat des Weltfriedensrates schlug ihnen vor, ein gemeinsames Komitee zu bilden, was praktisch eine De-facto-Anerkennung der Lister-Delegation bedeutete hätte.

Hinter den Kulissen der Generalversammlung begann dann zwischen den beiden spanischen Delegationen ein Kampf, worüber die Sprecher des Weltfriedensrates selbstverständlich kein Wort sagten. Die Pro-Carillo-Gruppe verweigerte der andern spanischen Delegation die Zusammenarbeit im Friedenskampf oder sonstwo. Sie bezeichnete die Lister-Gruppe als untragbar

für die Sache des Weltfriedensrates. Auf Grund des energischen Widerstandes seitens Rafael Alberto und seiner Genossen musste die Sowjetunion den von ihr lancierten Plan zur Legitimierung der Lister-Gruppe fallenlassen. Die spanischen Sitze im Präsidium und in andern Organen des Weltfriedensrates sind nach dieser Auseinandersetzung vakant geblieben, was die Pro-Carillo-Gruppe ihrerseits als einen Sieg betrachtet.

Diese und andere Aktionen Moskaus gegen die traditionsreiche Spanische KP weisen darauf hin, dass in diesem Falle die staatspolitischen Ueberlegungen von den vielgepriesenen Prinzipien des proletarischen Internationalismus das Primat erhielten. Dabei nimmt Moskau in Kauf, dass die Einheit der KPS zerstört wird, ihre illegale Basis und ihre Glaubwürdigkeit beträchtliche Einbusen erleiden müssen. *Michael Cszimas*

## Prag unterstützt Dammbau in Mozambique

Laut einem Bericht aus Kenia unterstützt die Tschechoslowakei das portugiesische Projekt, bei Cabora Bassa am Zambezi in Mozambique einen Riesendamm zu bauen. Dieses Unternehmen ist in der westlichen Öffentlichkeit auf das heftigste beföhdet worden. Man wirft ihm vor, im Dienste der kolonialen Repression zu stehen. Dementsprechend wird auf staatliche Stellen und private Unternehmen starker Druck ausgeübt, um eine wirtschaftliche Beteiligung an diesem Projekt möglichst zu unterbinden. Die Unterstützung des portugiesischen Vorhabens gilt als typisches Verbrechen der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Nun zeigt es sich, dass eine solche Unterstützung offenbar auch aus kommunistisch regierten Staaten vorliegt. Laut «The Sunday Post» (Nairobi) vom 13. Juni exportiert die Tschechoslowakei zurzeit eine grosse Anzahl von schweren Lastwagen nach Portugal, von wo aus sie an die Grossbaustelle von Cabora Bassa weitergeleitet werden sollen.

Die nach Portugal ausgeführten tschechoslowakischen LKW vom Typ «Tatra» waren ursprünglich vor allem als Armeelastwagen gebaut worden und hatten in den Streitkräften der Sowjetunion und anderer Warschau-Pakt-Staaten Verwendung gefunden. In Abweichung vom Armeemodell verfügen die jetzt nach Portugal ausgeführten Lastwagen nicht über kugelsicheres Fensterglas und haben keinen Maschinengewehrturm auf dem Dach.

Die Lieferung der schweren, aber geländegängigen «Tatra»-Lastwagen erfolgt im Rahmen des jüngsten tschechoslowakisch-portugiesischen Handelsabkommens, welches auch die Ausfuhr von Traktoren und Motorrädern nach Portugal vorsieht. Laut einer früheren Meldung des «Rhodesia Herald» hatte der Auslad der tschechoslowakischen Lastwagen Mitte April in Lourenço Marques begonnen.

Weil die Tschechoslowakei ebenso wie die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten bis anhin öffentlich gegen das portugiesische Projekt in Mozambique polemisiert hatten, zeigt sich die Zeitung aus Nairobi über die tschechoslowakischen Lieferungen an Portugal überrascht und spricht von einer bedeutungsvollen politischen Neuorientierung des Moskauer Lagers in dieser Angelegenheit. Indessen entspricht der bekanntgewordene Handel einer langen Praxis kommunistisch regierter Länder. So hatten sowohl die Sowjetunion und ihre Bündnispartner als auch China lange Zeit ihren Warenaustausch mit Südafrika systematisch erweitert, obwohl ihre offi-

ziellen Organe immer zum Boykott dieses Landes aufriefen. Ihre eigene wirtschaftliche Unterstützung des Apartheid-Regimes wurde nicht zuletzt durch die gegenseitigen Anschuldigungen im sino-sowjetischen Konflikt bekannt.

In die gleiche Kategorie einer generellen Erscheinung gehört es, dass die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten ihren Handel mit Griechenland von dem Augenblick an vervielfacht haben, als dort das Obristenregime die Macht ergriff. ■

### Handel mit Südafrika

Die UdSSR und ihre europäischen Comecon-Partner haben ihren Handelsaustausch mit Südafrika offenbar wieder verstärkt, nachdem er zwischen 1968 und 1969 um 20 Prozent rückläufig gewesen war.

In den ersten neun Monaten von 1970 betrug das Handelsvolumen 7,9 Millionen Dollar gegenüber 8,8 Millionen für das ganze Jahr 1969. Mit Abstand am stärksten engagiert ist die Tschechoslowakei.

Die Zahlen sind dem «Monthly Abstract of Trade Statistics» in Pretoria zu entnehmen. Aber natürlich führt kein einziger der kommunistisch regierten Partner Südafrikas diesen Umsatz in seiner Aussenhandelsstatistik an. Denn die betreffenden Regimes werden nicht müde, den totalen Handelsboykott gegen jenes Südafrika zu fordern, mit dem sie Geschäfte machen. Grossenteils Devisengeschäfte übrigens, da zwischen Januar und September letzten Jahres ihre Exporte nach Südafrika mit insgesamt 4 228 628 Rand (1 Rand = 1,42 Dollar) bei weitem ihre Importe von 1 210 760 Rand aus diesem Land übertrafen. Was insbesondere die Tschechoslowakei angeht, stand ihrer Einfuhr von 344 811 Rand eine Ausfuhr im Werte von 2 024 513 Rand gegenüber. ■